

Es gilt das gesprochene Wort!

**Haushaltsrede von Rainer Thiel, Vorsitzender der SPD-Kreistagsfraktion,
am 30. März 2011 im Kreistag**

Solidarität mit unseren Städten und Gemeinden

Was heißt das aktuell ?

Führt man sich den letzten Finanzausschuss vor Augen, so kann man den Eindruck haben, es gibt 2 Welten im Rhein-Kreis Neuss.

Die prekäre Situation unserer Städte und Gemeinden.

Die abgehobene und komfortable Situation des Kreises selbst.

Und es gibt eine unglaubliche Ignoranz gegenüber der Situation vor Ort. Es hat sich nicht bis zum Kreis herumgesprochen, wie ernst die Lage in den Städte und Gemeinden tatsächlich ist.

Ein Rekorddefizit von 11 Milliarden € erwartet die Kommunen in Deutschland.

„Der Wirtschaftsaufschwung kommt in den Kassen der Kommunen nicht an. Die Gemeinden sind chronisch unterfinanziert.“ beklagt Roland Schäfer, Präsident der Kommunalvereinigung. Und er mahnt „Das Vertrauen der Bürger in die lokale Demokratie ist in Gefahr.“

Die Städte und Gemeinden im Rhein-Kreis Neuss sind da keine Ausnahme. Um zu sparen, werden Leistungen gekürzt und Gebühren erhöht.

Unterhaltungsmaßnahmen für Gebäude und kommunale Infrastruktur werden gestreckt.

Ein „Aufbau West“ wäre für viele Straßen und Gebäude hier bei uns durchaus fällig.

Unter Schwarz-Gelb erleben wir kommunalfeindliche Politik – im Bund und bis letztes Jahr auch im Land.

Das Land hat unter schwarz-gelber Regierung den Städten und Gemeinden Geld vorenthalten, das auch im Rhein-Kreis Neuss gefehlt hat.

Dagegen gab es Klagen, auch beim Landesverfassungsgericht.

U3-Betreuung, Wohngelderstattung, Schlüsselzuweisungen, hier musste vom Land nachgebessert werden – und das hat erst Rot-Grün gemacht – gegen den Willen von Schwarz-Gelb – auch hier im Hause.

Sie waren doch dagegen, dass der Nachtragshaushalt des Landes verabschiedet wurde. Sie hatten unseren Antrag ausdrücklich abgelehnt, die MdL aus dem Kreisgebiet aufzufordern, diesem Nachtragshaushalt zuzustimmen. Aber gerne haben Sie die Segnungen eingesackt, die die neue Politik des Landes für Sie brachte.

12,4 Mio. € Erstattung Wohngeld 2007 – 2009

2,4 Mio. € Erstattung Wohngeld 2010

1,4 Mio. € Verbesserte Schlüsselzuweisungen 2010

Ein Geldsegen, der Sie gegen ihren Willen zum Jahresende erreichte. Der nicht im Haushalt 2010 vorgesehen war.

Das ist übrigens ein Webfehler bei der Haushaltsaufstellung – nicht nur für 2011.

Der jeweilige Jahresabschluss wird nicht mitbetrachtet.

Wie sieht denn die Jahresrechnung 2010 voraussichtlich aus ?

Außer 1,9 Mio. € Verbesserungen gegenüber den Planungen für 2010 kamen 8,8 Mio. € vom Land in die Kassen des Rhein-Kreises Neuss, wohlgemerkt zusätzlich, da sind die 7,4 Mio. € abgezogen, die die Städte und Gemeinden bekommen haben.

Eine Verbesserung von 10,7 Mio. € gegenüber der Haushaltsaufstellung 2010.

Nun wird es spannend. Was tun mit dem ungeplanten Überschuss ? Wäre er nicht zum Jahresende 2010 gekommen sondern Anfang 2011, also wenige Tage später, dann wäre es klar. Wir hätten das bei der Haushaltsaufstellung berücksichtigen müssen.

Es hätte die Kreisumlage gesenkt !

Es wäre den Städten und Gemeinden zugute gekommen!

Aber die Mehrheit hier im Kreistag verhält sich ignorant gegenüber den Städten und Gemeinden.

Die eigene Planung 2010 – vergessen – Die eigenen Versprechungen im November 2010 – vergessen.

Die Planung 2010 sah vor, 9,9 Mio. € aus der Ausgleichrücklage zu nehmen. Wir wären dann mit einer Ausgleichrücklage von 26,040 Mio. € in die Beratungen 2011 gegangen.

Stattdessen 35,956 Mio. € unverändert. Wieder einmal.

Während die Städte und Gemeinden ihre Ausgleichrücklagen aufgebraucht haben, manche sogar Nothaushalte fahren – schont der Kreis seine Ausgleichsrücklage. Er kann sogar durch den Jahresabschluss 2009 die allgemeine Rücklage erhöhen um 2,218 Mio. €. Geplant waren 2009 3,776,-- Mio. € Verlust.

Der Kreis hat also seine Finanzen 2009 um 6 Mio. € verbessert und wie bereits gesagt, 2010 noch einmal um über 10 Mio. € !!!

Das alles bleibt aber bei den Haushaltsberatungen 2011 von CDU und FDP unberücksichtigt.

Was ist das für eine CDU ?

Alle Städte und Gemeinden klagen über ihre Situation. So eine Stellungnahme aller BM's hat es noch nie gegeben. Sie sagen es ganz deutlich: „In dem Umfang, wie der Rhein-Kreis Neuss Eigenkapital aufgebaut hat, haben die Kommunen Eigenkapital verbrauchen müssen“ und weiter „während der Kreis mit den Überschüssen seinen Schuldenstand verringert hat, haben die Kommunen ihren Schuldenstand ausweiten müssen.“

Das nennen Sie hier im Kreis solide Haushaltspolitik !

Schuldentilgung bei uns mit Schuldenausbau bei unseren Städten und Gemeinden – darauf sind Sie von der FDP besonders stolz.

Und auch die UWG fordert den schuldenfreien Kreis. Für wen spricht die UWG? Für die Bürgerinnen und Bürger vor Ort jedenfalls nicht, die sollen das bezahlen.

Wo ist eigentlich die Eigenständigkeit der CDU-Fraktion im Kreis. Wenn man Ihnen zuhört, dann hört man nur Argumente der Verwaltung !

Und die FDP ? Weiß jemand, was die will ? Sie hat ihre politische Selbstständigkeit bei der CDU abgegeben.

Sie schaut gequält zu, wenn die CDU sich 2010 schnell noch mal bedient bevor auf Kosten anderer gespart werden soll.

Bei Kenntnis der Lage 2011 wird vorher schnell noch einmal der überflüssige Journalistenpreis ausgelobt: 35.000,-- € !

Für Artikel, die sowieso geschrieben wurden in irgendwelchen Zeitungen der Republik. Das hat nichts, aber auch rein gar nichts mit dem Rhein-Kreis Neuss zu tun. Das hat ganz viel mit politischen Schaubühnen zu tun, in denen sich auf Kosten der Städte und Gemeinden gesonnt wird.

Danach wurde ein ernstes Gesicht aufgesetzt.

Wir müssen sparen, tönt es von der CDU, 2011 wird schrecklich.

Wo soll gespart werden ? Bei der Verwaltung ? Fehlanzeige ! Bei Kreisprojekten oder Leuchttürmen ? Fehlanzeige !

Bei einem für 2011 von der CDU selbst prognostizierten schwarzen Loch im Kreishaushalt von 28,5 Mio. € sollte bei den Sozialverbänden und bei der Vereins- und Sportförderung gespart werden.

Sagenhafte 0,5 Mio. € !!

Damit sollte den Städte und Gemeinden gezeigt werden, wie herzlich und mutig die Mehrheit aus CDU und FDP sparen will.

Sehr beeindruckend war das nicht.

Die Sozialverbände schlugen Alarm, laufende Projekte seien gefährdet, bei der Familienpflege, den mobilen sozialen Diensten, der Integration von Zuwanderern. „Arbeitsbereiche, die über viele Jahre hinweg immer in Abstimmung mit dem Rhein-Kreis Neuss aufgebaut wurden, lassen sich nicht mehr weiterführen.“ so die AG der freien Wohlfahrtsverbände im Rhein-Kreis Neuss, vertreten durch ihren Vorsitzenden und CDU-Kreistagsabgeordneten Norbert Kallen.

Ein Hilferuf, ein Notsignal. Warum ? Weil die CDU-FDP-Koalition ein Sparsymbol brauchte.

Völlig absurd ging es dann im Finanzausschuss weiter.

Was macht die CDU (von der FDP hat man ja nichts gemerkt), statt wie von SPD und Grüne beantragt, die Kürzungen zurückzunehmen, sollen nur 25.000,-- € zur „Förderung der Wohlfahrtspflege“ zurückgegeben werden und nur 35.000,-- € zusätzlich als Zuschuss für „allgemeine Sozialarbeit“.

Aber gleichzeitig beantragt die CDU Kürzungen von 10.000,-- € bei der „Förderung von Freizeitmaßnahmen für Behinderte“ und weitere 10.000,-- € bei Zuschüssen für „Maßnahmen der Eingliederungshilfe“. Da hatten die Behinderten wohl die schwächere Lobby bei CDU/FDP.

Ins Bild passt, dass dann mal eben 5.000,-- € für einen privaten Garten im Haus Meer locker gemacht werden. Da wollte die CDU-Fraktion ihrem Kollegen Radmacher wohl einen Gefallen tun.

Was also will die CDU/FDP oder genauer gesagt, was will die Verwaltung, deren willfähriger Arm diese Koalition ist ?

1. Einsacken und behalten, was so ungeplant vom Land zugunsten der Kommune zum Jahreswechsel 2010 kam.
2. Die Ausgleichsrücklage weiter schonen und die 9,9 Mio. € für 2010 nicht entnehmen.
3. In Folge eine Kreisumlage von 44,39 % erheben, die die Haushalte der Städten und Gemeinen belastet und deren Rücklagen weiter angreift.

Das ist nicht die Politik der SPD, das lehnen wir ab. Wir beantragen die Kreisumlage um 8,8 Mio. € auf 42,40 % abzusunken.

Das wäre ein Zeichen der Solidarität in schwieriger Zeit.

Wahrscheinlich kommt Ostern eher der Weihnachtsmann als das sich CDU und FDP im Kreistag dazu bereit finden würden.

Sie ignorieren den Grundsatz, dass bei der Aufstellung des Kreishaushaltes auf die Städte und Gemeinden Rücksicht genommen werden muss.

Dieser Kreishaushalt verletzt nach Meinung der SPD das Rücksichtnahmegebot.

Die Mehrheit argumentiert, dass damit Sprünge in die Umlage vermieden würden. So wie ein Blick in die letzten Jahre hilft, den Haushalt 2011 einzuordnen, hilft ein Blick nach vorn, um auch das klarer zu sehen.

Als Ergebnis der Bund-Länder-Beratungen bei Hartz IV kommen auf die Kreisgemeinschaft erhebliche Entlastungen bei den Sozialkosten zu. Bis 2014 werden es über 20 Mio. € sein. Diese Entlastung ergibt einen Sprung im Kreishaushalt: nach unten!

Zusätzlich gibt es ein Bildungs- und Teilhabepaket, das im Kreishaushalt schon jetzt mit 8 Mio. € angesetzt ist. Das erweitert den Kreishaushalt, das bringt zusätzliche Aufgaben.

Über die Aufgabenstellung haben wir aber noch nicht beraten.

Die SPD mahnt an, die Aufgabenerfüllung aus dem Bildungs- und Teilhabepaket mit den Städte und Gemeinden abzustimmen. Dort werden nämlich schon jetzt entsprechende Maßnahmen durchgeführt. Hier muss Doppelarbeit und unnötige Bürokratie vermieden werden. Am besten wäre es, die Aufgaben zu delegieren. Das wäre kommunalfreundlich.

2010 hatten wir die Entscheidung, ob der Rhein-Kreis Neuss Optionskommune werden will und die Arbeit der Jobcenters (ARGE) selbst durchführt.

Das war eine gute Diskussion auf hohem Niveau. Das Thema war intensiv beraten worden.

Wir haben den Antrag, Optionskommune werden zu wollen, abgelehnt.

Wir sehen Risiken für den Kreishaushalt, wir sehen Probleme bei der überregionalen Arbeitsvermittlung.

Und wir sind überzeugt, dass die bisherige gemeinsame Einrichtung des Kreises und der Arbeitsagentur – die ARGE – ihren Job gut gemacht hat. Und die erste Beiratssitzung 2011 des neuen Jobcenters als Nachfolge der ARGE hat gezeigt, sie macht ihre Arbeit weiterhin gut. Das sollte man nicht ändern.

Ende diesen Monats wird das Land entscheiden, ob der Rhein-Kreis Neuss dabei ist. Die deutliche ablehnende Stellungnahme der Großstadt Neuss wird dabei sicherlich mitbetrachtet werden.

Diese Stellungnahme macht deutlich, dass die SPD-Fraktion im Kreistag mit ihrer Kritik und Befürchtung nicht alleine steht. Wir werden sehen, wie es im April weitergeht.

Der Kreis will als Optionskommune bessere Ergebnisse bei der Integration der SGB II-Empfänger in den Arbeitsmarkt erreichen. Damit sollen auch Kosten gesenkt werden. Über diesen Weg ist das ein gutes Ziel.

Das Vorgehen des Kreises beim „Grundsicherungsrelevanten Mietspiegel“ ist da aber kein Vorbild.

Nur auf Kostensenkung zu setzen, das wirkt eher wie eine Drohung. Es zeigt, wie mit SGB II-Empfängern umgegangen werden soll.

Für die SPD ist das Gutachten von „Markt und Konzept“ keine Grundlage für die weitere Diskussion.

Wir befürchten, dass eine Gettoisierung der Hilfeempfänger die langfristige Folge wäre.

Wir fordern, wie die Grünen, ein neues Gutachten.

Wenn CDU und FDP eine breite Unterstützung für einen akzeptierten Mietspiegel suchen, dann sind sie gut beraten, das mit einzubeziehen.

Die schrecklichen Ereignisse in Fukushima haben die Energiepolitik in den Vordergrund gerückt.

Das muss auch im Rhein-Kreis Neuss ein Thema sein.

Wir müssen über Energie und Klimaschutz im Rhein-Kreis Neuss im Kreistag beraten und Perspektiven aufzeigen. Der turboartige Ausstieg aus dem Ausstiegsausstieg, das politische Wettrennen um die schnellen AKW-Abschaltungen wird auch uns betreffen.

Was ist mit der Kraftwerkserneuerung im Rheinischen Braunkohlerevier. Was ist hier mit „Restlaufzeiten“, was wird wo geplant ?

Das ist ein Teil der Fragen.

Ein anderer: Ein Leuchtturm der vergangenen Jahre war ein sogenannter „Energiepakt Rhein-Kreis Neuss & RWE“, in dem der Rhein-Kreis Neuss als Teil des „RWE-Energiepaktes für Deutschland vereinnahmt wurde.

Bei diesem Pakt hat die Kernenergie noch eine wichtige Rolle gespielt. Das wurde auch bei einer Tagung zum Energiepakt des Kreises auf Schloß Dyck deutlich hervorgehoben.

Dieser Leuchtturm „Energiepakt Rhein-Kreis Neuss – RWE“ leuchtet nicht mehr. Kein Thema mehr. Das ist auch gut so! Das macht den Blick frei für eigene Politik, eigene Gestaltung des Kreistages.

Die SPD schlägt vor, dass der Rhein-Kreis Neuss Mitglied im Klimaschutzbündnis der Kommunen Deutschlands wird und eine eigenes Programm zum Klimaschutz im Rhein-Kreis Neuss erarbeitet.

Das Geld für den Mitgliedsbeitrag von 10.000,-- kann aus den KEK-Mitteln genommen werden.

Die SPD schlägt weiter vor, eine Energiepotentialanalyse für den Rhein-Kreis Neuss zu erstellen.

Wir brauchen Daten, welche Potentiale für Windenergie, Solarenergie und Erdthermie bei uns vorhanden sind.

Und wir brauchen eine Debatte, wie wir zu den „unkonventionellen Gasvorkommen“ hier bei uns stehen. Die Claims zum Abbau dieser Vorkommen sind schon vergeben. Eine Beteiligung der Menschen hat es bisher aber noch nicht gegeben.

Herausforderungen gibt es auch im Bildungsbereich. Die SPD hat beantragt, dass der Rhein-Kreis Neuss seine BBZ in örtliche Planungen für eine Einrichtung einer Gemeinschaftsschule mit einbringt. Unsere BBZ bieten Abitur- und Fachabitur-Bildungsgänge an. Sie passen auch sonst ideal zu den Schüler/innen bisheriger Haupt- und Realschulen.

Was wir im Kommunalwahlkampf noch kritisiert haben, dass die CDU ihren Förderschwerpunkt auf die Hauptschulen setzt, das ist jetzt allgemeingut. Alle wissen, dass die Hauptschulen so keine Zukunft haben. Die Gemeinschaftsschule wird kommen, und der Kreis kann dabei sein.

Was wir aber zusätzlich brauchen, sind Investitionen in Weiterbildung. Das ist ein Schlüsselthema der Zukunft. Das fordern wir schon viele Jahre. Bisher gibt es nicht einmal eine gute Zusammenstellung vorhandener Weiterbildungsangebote unserer Region.

Aufziehender Fachkräftemangel und veraltete Qualifizierungen bei Beschäftigten, das sind die bekannten Probleme. Wenn wir als Rhein-Kreis Neuss nach vorne wollen, müssen wir hier ansetzen.

Das wäre eine wichtige Aufgabe der Wirtschaftsförderung, deren messbare Ergebnisse dann auch hier bei uns ankämen.

Wir fordern eine Bestands- und Bedarfsanalyse, um dann ein zielgerichtetes Weiterbildungsangebot zusammen mit den Wirtschaftskammern, den Gewerkschaften und den Bildungseinrichtungen zu erstellen.

Im Kreishaushalt stecken noch viele weitere Themen.

Sinsteden - wie kommen wir zu einer sinnvollen Nutzung, die auch Aufgabe des Kreises ist und den finanziellen Aufwand rechtfertigt. Oder wie kommen wir von den immensen Kosten runter, die die Kreisumlage mitbelasten.

Sportförderung

Der Kreis baut eine Ringerhalle, weil Dormagen das selber nicht tun wollte. Die Begründung war die sportliche Bedeutung des Ringersportes, insbesondere der Frauen im AC Ückerath.

Bei der Sportlerehrung des Rhein-Kreises Neuss und der Sparkasse wurde das auch noch einmal deutlich.

Aber wir haben auch andere sportliche Highlight 's im Rhein-Kreis Neuss – Radsport in Kaarst, Reitsport in Neuss, Handball in Korschenbroich und Dormagen, Fechten, Kanu u.v.m.

Für eine Sportinfrastruktur, die über die Städte und Gemeinden hinauswirkt, gibt es aber kein Konzept. Sport ist auch ein wichtiger Standortfaktor, Sympathieträger und erfüllt wichtige soziale Funktionen.

Die SPD hat daher bei der Diskussion um die Ringerhalle gefordert, dass der Rhein-Kreis Neuss mit den Städten und Gemeinden eine Neuordnung der Aufgaben in der Sportlerlandschaft im Rhein-Kreis Neuss bespricht.

Das muss im Sportausschuss beraten werden.

Die Ereignisse bei der DHC Rheinland zeigen aber auch, dass der „Profi-Sport“ im Rhein-Kreis ein Thema ist, dem Politik sich stellen muss. Hier ist die Wirtschaftsförderung gefragt, zu koordinieren und Sponsoren einzuwerben.

Integration

Der von der SPD vorgeschlagene Integrationspreis war ein voller Erfolg. Das sollte uns ermutigen, diesen Preis weiterzuentwickeln und als einen Baustein der Integrationsarbeit des Kreises zu nutzen. Ich möchte auch an die gemeinsame Initiative des Kreistages für „Vielfalt, Toleranz und Demokratie“ erinnern, die so mit Leben erfüllt werden kann.

Das Thema RAA steht an. Die SPD möchte dazu die Stellungnahmen der Bürgermeister einbeziehen.

Eine erfolgreiche Integrationsarbeit geht nur vor Ort, in den Städten und Gemeinden. Diese nehmen schon jetzt viele Aufgaben der Integration wahr.

Der Rhein-Kreis Neuss erlebte in den letzten Jahren viele Leuchtturmthemen z.B.

- Grundwasser
- Energiepakt
- Atlantische Brücke
- ISR

Darum ist es still geworden!

Der Rhein-Kreis Neuss als Trendsetter und Vorbild für alle anderen, das war nie richtig, das wird heute so nicht mehr zelebriert. Gut so!

Aber für was steht der Kreis ?

Er ist Teil der kommunalen Selbstverwaltung zusammen mit den Städten und Gemeinden – so weit so gut.

Grundlage sollte die Stärkung der Selbstverwaltungskraft unserer Städte und Gemeinden sein. Was die Städte und Gemeinden stärkt, für ihre/unsere Bürgerinnen und Bürger das Alltagsleben zu organisieren und zu verbessern, das sollten wir unterstützen.

Der Kreis muss helfen und nicht kommunale Aufgaben an sich ziehen.

Interkommunale Zusammenarbeit, das ist eine Aufgabe der Städte und Gemeinden selber.

Der Kreis sollte die übergreifenden Themen aufnehmen, das was die Kommunen regional stärkt, was sie selbst so nicht wahrnehmen können.

Regionalpolitik, das ist eine wichtige Aufgaben des Kreises.

Wir sind Mitglied in der Metropolregion Köln Bonn E.V., im Regionalrat Düsseldorf, in der Niederrhein AG, der Euregio und in vielen andern Gremien.
Aber was ist dort unser Ziel ?

Haben wir ein strategisches Konzept, haben wir eine Zukunftsidee als Bestandteil einer Metropolregion.

Oder reicht das Karnevalsmotto aus Köln: „Da simmer dabei, dat ist prima ...“

Wir müssen mit Düsseldorf und dem Niederrhein-Kommunen Krefeld, Mönchengladbach und Viersen das Thema Metropolregion endlich aufgreifen und mit Zukunftsprojekten füllen. So wie es die Kölner und das Ruhrgebiet längst tun.
Es ist gut, dass der Kreistag auf Antrag der SPD, dieses Thema diskutieren wird und das zur Vorbereitung eine Informationsveranstaltung angeboten wird.
Anschließend brauchen wir eine Positionsbestimmung des Kreistages.

Die SPD ist auch hier konstruktiv dabei.

Da dieser Kreishaushalt kommunalfeindlich ist und das Rücksichtnahmegebot gegenüber den Städten und Gemeinden verletzt, lehnen wir diesen Haushalt ab.